

Zwischenbericht

an die
Stadtverordnetenversammlung

Eingang		DS.-Nr.	202/ 06- 11
AusIB	ÄR	PBUA	SozJA
KSSpA	OBR	HuFA	StV

Betreff: Darstellung des Bearbeitungsstandes von Handlungs- und Untersuchungsaufträgen des IFA
Bezug: Antrag Nr. 27 der CDU-Fraktion vom 25.1.2007

M-Nr.: 326/07

Beschlussvorschlag:

Der Magistrat bittet die Stadtverordnetenversammlung, den nachstehenden Zwischenbericht zur Kenntnis zu nehmen. Ein Abschlussbericht erfolgt nach Ablauf des Zeitraums 2004 – 2007.

Begründung:

Die Stadtverordnetenversammlung fasste am 8.12.2003 aufgrund eines CDU-Antrages zum Haushaltsentwurf 2004 bei einer Nein-Stimme mit Mehrheit der Ja-Stimmen folgenden Beschluss:

„1. In einer Arbeitsgruppe der Stadtverordnetenversammlung soll noch in den nächsten Tagen ein Vorschlag erarbeitet werden, der Einnahme- und Ausgabeverbesserungen im Volumen von ca. 4,0 Mio. Euro zum Haushaltsplanentwurf 2004 vorsieht und bis spätestens zur Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses erstellt werden soll.

2. Die von der Stadtverordnetenversammlung gebildete Arbeitsgruppe wird bis zur Sommerpause 2004 weitere Konsolidierungsmaßnahmen erarbeiten. Als Zielvorgabe gelten hierbei Einnahme- und Ausgabeverbesserungen in der Gesamthöhe von ca. 30 Mio. Euro bis einschließlich des Haushaltsjahres 2007.“

Auf Grundlage dieser Beschlussfassung entstand die von der Stadtverordnetenversammlung am 1.7.2004 beschlossene Drucksache 380 mit der die o.g. Summe von

30 Mio. Euro bezifferbar in einem Umfang von 25,95 Mio. Euro definiert wurde. Die Vorlage brachte zum Ausdruck, dass über diesen Zahlenwert hinaus weitere Einsparungen anzustreben seien, die aber nicht konkret bezifferbar waren. Die IFA-Vorlage hatte, anders als die DS 142 – Zukunftssicherung - nicht den Ansatz, jährlich wiederkehrende Verbesserungen zu erzielen, sondern formulierte die Zielsetzung in einer im Zeitraum von 2004 bis 2007 zu addierenden Gesamtsumme.

Die berechenbare Gesamtsumme sollte sich im Wesentlichen aus drei Komponenten zusammensetzen:

- I. Einnahme- bzw. Ausgabeverbesserungen in Höhe von 4 Mio. Euro im Haushalt 2004 (inkl. Umsetzung Nachtrag 2004) gemäß Ziffer 1 des o.g. Beschlusses
- II. Einzelmaßnahmen 2004 – 2007 in einem Gesamtvolumen von 6.604.100 € (gem. Drucksache 380, Anlage 1)
- III. Eine „Zweite Negative Deckungsreserve“ zur Festsetzung der bei den Personalausgaben mindestens zu erzielenden Einsparungen.

I. Einnahme- bzw. Ausgabeverbesserungen in Höhe von 4 Mio. im Haushalt 2004 (inkl. Umsetzung Nachtrag 2004)

Die unter dieser Überschrift beschlossenen Einsparvorschläge sollten sich im Jahr 2004 auf insgesamt 4 Mio. Euro belaufen und sich in den Folgejahren bis 2007 auf insgesamt 11.843.000 Euro summieren:

	2004		2005		2006		2007	Gesamt bis einschl. 2007	bis Ende 2006
	T€ Soll	T€ Ist	T€ Soll	T€ Ist	T€ Soll	T€ Ist	T€ Soll	T€ Soll	T€ Ist
Einnahmeverbesserungen bzw. Ausgabereduz., die im HH 2004 enthalten sind	3.400,00	3.400,00	1.966,00	1.966,00	2.081,00	2.081,00	1.996,00	9.443,00	7.447,00
								0,00	0,00
								0,00	0,00
Maßnahmen Umsetzung NT 2004	600,00	142,00	600,00	142,00	600,00	142,00	600,00	2.400,00	426,00
Gesamt	4.000,00	3.542,00	2.566,00	2.108,00	2.681,00	2.223,00	2.596,00	11.843,00	7.873,00

Die Einnahmeverbesserungen bzw. Ausgabereduzierungen resultieren aus den Vorschlägen der Arbeitsgruppe, die im Haushaltsentwurf 2004 direkt eingearbeitet wurden (z.B. Kürzung der Beratungs- und Verfahrenskosten Flughafenerweiterung, der Vermieter-Bauunterhaltung im Kitabereich, Streichung der Entschlammungskosten Horlachegraben Becken 1 u. 2) sowie Einnahme- und Ausgabeverbesserungen, die der Magistrat seinerseits bereits in den Entwurf aufgenommen hatte und die von der Arbeitsgruppe akzeptiert wurden (z.B. Anhebung der Grundsteuer, Kürzung in der EDV-Ausstattung).

Die Maßnahmen, die im Nachtrag 2004 dargestellt werden sollten, sind nicht in dem beabsichtigten Umfang in die Istrechnung eingeflossen, wurden aber durch andere Verbesserungen mehr als kompensiert. Die Beteiligung der Gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaft an der Konsolidierung von Sach- und Dienstleistungen wurde in Form der Erhöhung des Erbbauzinses umgesetzt.

Weiteres Vorgehen der Interfraktionellen Arbeitsgruppe zu den Komponenten II und III

In der konstituierenden Sitzung der Arbeitsgruppe zur Erarbeitung weiterer Konsolidierungsmaßnahmen gemäß Ziffer 2 des Beschlusses im Februar 2004 wurden als Arbeitsmaterialien die verwiesenen Haushaltsbegleitanträge sowie die im Ergebnisprotokoll der Sitzung der Interfraktionellen Arbeitsgruppe vom Dezember 2003 genannten Punkte definiert. Zusätzlich konnten die einzelnen Fraktionen noch weitere Vorschläge einbringen. Ergebnis der Interfraktionellen Arbeitsgruppe waren Einsparvorschläge, die im Zeitraum der Jahre 2004 bis 2007 einschließlich der unter I. genannten Haushaltsverbesserungen weitere Einsparmaßnahmen bis zu einem Gesamtvolumen von **25.947.100** Euro enthalten.

Dazu gehören die unter II. genannten Einzelmaßnahmen 2004 – 2007 in einem Gesamtvolumen von 6.604.100 € sowie als dritter Bestandteil des Konsolidierungspaketes die unter III. genannte Zweite Negative Deckungsreserve.

II. Einzelmaßnahmen 2004 – 2007 in einem Gesamtvolumen von 6.604.100 € (gem. Drucksache 380, Anlage 1)

	2004		2005		2006		2007	Gesamt bis einschl. 2007	bis Ende 2006
	T€ Soll	T€ Ist	T€ Soll	T€ Ist	T€ Soll	T€ Ist	T€ Soll	T€ Soll	T€ Ist
Einzelmaßnahmen									
Bäder	0,00	0,00	0,00	0,00	200,00	0,00	476,00	676,00	0,00
Sport	0,00	0,00	0,00	0,00	50,00	0,00	50,00	100,00	0,00
Grundstücke	100,00	242,00	200,00	448,00	300,00	565,00	400,00	1.000,00	1.255,00
Sozialhilfe	250,00	250,00	550,00	550,00	1.100,00	1.100,00	1.100,00	3.000,00	1.900,00
Schulsozarb.	0,00		30,00	30,00	8,00	8,00	8,00	46,00	38,00
Musiksch.	0,00		0,00		50,00		100,00	150,00	0,00
VHS	0,00		0,00		200,00	200,00	200,00	400,00	200,00
Kult.i.Somm.	0,00		9,50	9,50	19,00	19,00	19,00	47,50	28,50
Stadtwerke	0,00		200,00	200,00	200,00	200,00	200,00	600,00	400,00
Energieeinsp.	20,00	123,00	40,00	123,00	90,00	143,00	140,00	290,00	389,00
Spielpl.Wf.	0,00		2,20	2,20	2,20	2,20	2,20	6,60	4,40
Jugendh.Budg	0,00		50,00		119,00		119,00	288,00	0,00
Gesamt:	370,00	615,00	1.081,70	1.362,70	2.338,20	2.237,20	2.814,20	6.604,10	4.214,90

Einige Einzelmaßnahmen konnten nicht realisiert werden, wie z.B. die vorgesehene Verbesserung bei den Bädern durch die Erhöhung der Eintrittsgelder. Hier ist noch keine Entscheidung getroffen worden. In vollem Umfang eingetreten ist die Einsparung durch die Redelelegation der Sozialhilfe an den Kreis, Verbesserungen bei den Stadtwerken, allerdings nur bis zum Jahr 2006 (Ergebnis des Jahres 2005), und hinsichtlich der Energieeinsparvorgaben ist festzustellen, dass die Maßnahmen ge-griffen haben.

Die Einsparvorgaben beim Jugendhilfebudget konnten durch die Steigerung der Fallzahlen, die durch die Stadt nicht zu beeinflussen war, nicht erreicht werden.

III. Zweite Negative Deckungsreserve

Wesentliche Vorgabe der Stadtverordnetenversammlung gemäß IFA-Beschlüssen war es, deutliche Einsparungen bei den Personalkosten zu erzielen. Als Mindestvorgabe, die im Vollzug zu erreichen war, wurde deshalb die sog. Zweite Negative Deckungsreserve mit jährlichen Beträgen festgesetzt. Erreicht werden sollten diese Vorgaben durch die Untersuchung aller Arbeitsbereiche innerhalb der Verwaltung. Der Magistrat hat diese Vorgaben umgesetzt, zum Einen durch die Verhängung einer generellen Wiederbesetzungssperre für alle frei werdenden Stellen mit Ausnahme von wenigen Bereichen, beispielsweise in der Betreuung in den Kindertagesstätten, in der Betreuungsschule oder im Brandschutz, wo bei Nichtbesetzung die Mindesteinsatzstärke hätte gefährdet werden können.

Zum Anderen wurden inzwischen weite Bereiche der Verwaltung unabhängig vom Freiwerden von Stellen darauf untersucht, ob die durchgeführten Arbeiten zu sog. Kernaufgaben gehören, die weiter durch Beschäftigte der Stadt erbracht werden können. Die folgende Tabelle zeigt, dass die Mindestvorgaben deutlich überschritten wurden:

	2004		2005		2006		2007	Gesamt bis einschl. 2007	bis Ende 2006
	T€ Soll	T€ Ist	T€ Soll	T€ Ist	T€ Soll	T€ Ist	T€ Soll	T€ Soll	T€ Ist
Zweite Negative Deckungsreserve	0,00		2.000,00	1.887,00	2.500,00	3.976,00	3.000,00	7.500,00	5.863,00

Ergebnis bis 2006 und Prognose:

Im Zeitraum der Jahre 2004 bis 2006 ist eine kumulierte Einsparung in Höhe von insgesamt ca. 18 Millionen Euro erreicht worden. Bis zum Ende des Jahres 2007 ist gemäß Hochrechnung eine Verbesserung in Höhe von ca. 24,6 Millionen Euro zu erwarten. Da eine Vielzahl von erzielten Verbesserungen auch noch in den Jahren ab 2008 wirksam werden, und auch künftig einige Verbesserungen zwar erreicht, aber nicht gerechnet werden können, so bleibt festzustellen, dass das Gesamtziel 30 Millionen mehr als erreicht wird.

Gesamteinsparungen aufgrund der IFA-Beschlüsse 2004 bis 2007

	Gesamt bis einschl. 2007	bis Ende 2006
	T€ Soll	T€ Ist
Einnahmeverbesserungen bzw. Ausgabe-reduz., die im HH 2004 enthalten sind	9.443,00	7.447,00
Maßnahmen Umsetzung NT 2004	2.400,00	426,00
Summe I	11.843,00	7.873,00
Einzelmaßnahmen		
Summe II	6.604,10	4.214,90
Zweite Negative Deckungsreserve	7.500,00	5.863,00
Summe III	7.500,00	5.863,00
Gesamt:	25.947,10	17.950,90

Über diese tabellarische Aufstellung gemäß Antragstext hinaus wird zum Bearbeitungsstand des Beschlusses der Stadtverordnetenversammlung wie folgt berichtet:

1. Konzentration auf Kernaufgaben

Der Handlungsauftrag „Kernaufgaben“ wird in einem Projekt abgearbeitet. Inhalt ist die Konzentration auf Kernaufgaben einschl. der Maßnahmen zur Reduzierung von Personalkosten, Optimierung von Arbeitsprozessen und Nutzung neuer Technologien sowie die Anpassung von Standards und die Zusammenlegung von Ämtern.

Im Rahmen des Projekts erzielte Stellenreduzierungen schlagen sich im Stellenplan nieder. In Abwicklung des Projekts wird die Optimierung von Arbeitsprozessen genau so betrachtet, wie der sinnvolle Einsatz moderner Technologien. Gleichmaßen wird in diesem Zusammenhang auch hinsichtlich der Standards der städtischen Leistungen ein kritischer Maßstab angelegt.

Im übrigen sei darauf verwiesen, dass der Magistrat schon im Rahmen der Abarbeitung von Vorgaben aus der Drucksache 142 - Zukunftssicherung in der Zeit von 2002 bis Ende 2006 eine kumulierte Verbesserung durch Verwaltungsoptimierung in Höhe von 4,75 Millionen Euro erreicht hat.

2. Überprüfung der Betriebsformen, Erschließung privaten Kapitals, Vergabe von Leistungen an außen stehende Träger und die Bildung innerstädtischer Gesellschafter als Träger städtischer Leistungen

Mit der Einrichtung des Eigenbetriebes Bildung und Kultur sowie der Eingliederung der Grünpflege in die Städtischen Betriebshöfe ist der Magistrat aktuell den Vorschlägen gefolgt.

Hinsichtlich der Erschließung privaten Kapitals sei exemplarisch an die Gewinnung von Sponsoren anlässlich der Übertragung von Spielen der Fußball WM 2006 (Public Viewing) erinnert.

Außenstehende Träger städtischer Leistungen finden wir z.B. in der Essenversorgung der Betreuungsschule durch AVM und Kettler Cardijn, darüber hinaus ist der Sportkindergarten der TG Rüsselsheim und die Fördervereine der Stadtteilbibliotheken exemplarisch zu nennen.

3. Nutzung bürgerschaftlichen Engagements

Bürgerschaftliches Engagement äußert sich u.a. in der Übernahme von Teilverantwortlichkeiten in Sporthallen durch Vereine, die Übernahme einer Halle in Bauschheim durch die dortige SKG sowie die Durchführung städtischer Aufgaben im Bereich des Sports durch den Sportbund Rüsselsheim. Auch die Übernahme von Baumpatenschaften zählt zu diesem Engagement.

4. Professionalisierung der Wirtschaftsförderung und Grundstücksvermarktung sowie die Forcierung von Grundstücksverkäufen

Durch die Bildung der Beteiligungsgesellschaft und der Stadtentwicklungsgesellschaft sowie weiterer Verbesserungen im Zusammenhang mit der Wirtschaftsförderung und den Ansätzen in „Rüsselsheim 2020“ ist der angestrebten Professionalität im Wesentlichen entsprochen.

5. Förderung regionaler Zusammenarbeit

Regionale Zusammenarbeit findet in verschiedenen Formen statt. Solche, die eine unmittelbare finanzielle Auswirkung haben, finden wir u. a. in der Kooperation mit anderen Gemeinden in Form

der Bildung eines gemeinsamen Ordnungsbehördenbezirks auf dem Gebiet der Gefahrgutüberwachung im Nordkreis Groß-Gerau unter Federführung der Stadt Rüsselsheim. Hierdurch konnten Personalkostenerstattungen in Höhe einer 0,5 Stelle erzielt werden. Darüber hinaus werden durch die städt. Betriebshöfe Leistungen für andere Gemeinden erbracht, Räume und Equipment für EDV-Schulungen für Dritte vermietet und die Schulmöbelbeschaffung in einem Verbund mit anderen Kommunen durchgeführt. Auch die Beteiligung an der Regionalpark Ballungsraum Rhein-Main gGmbH bringt finanzielle Vorteile.

Beispiel für interkommunale Zusammenarbeit ohne unmittelbare finanzielle Auswirkung ist u. a. die Beteiligung an der Gesellschaft „Frankfurt Rhein-Main GmbH, International Marketing of the Region“. Zu nennen ist hier ebenfalls die am 25.9.07 beschlossene „Interkommunale Kooperation Stadtumbau“, hinter der sich die Gründung einer kommunalen Arbeitsgemeinschaft der Städte Raunheim, Kelsterbach und Rüsselsheim zur gemeinsamen Planung und Durchführung von Stadtumbaumaßnahmen verbirgt.

6. Zuschusswesen

Der Magistrat überprüft ständig das Zuschusswesen im Hinblick auf die Vereinbarkeit mit den städtischen Zielsetzungen. Darüber hinaus reduziert er den Verwaltungsaufwand bei der Zuschussgewährung, insbesondere auch dadurch, dass Vergabegremien reduziert oder ganz entbehrlich werden. Teilweise müssen jedoch Zuschüsse der Stadt dort aufrechterhalten werden, wo sich andere Zuschussträger (z.B. das Land) zurückgezogen haben. Darüber hinaus achtet der Magistrat darauf, dass die erfolgten Einsparungen nicht zu negativen Folgen in den betroffenen Bereichen führen, wobei er der Absicht, durch Prävention Kosten zu vermeiden, in verstärktem Maße entspricht.

Rüsselsheim, den 13.11.2007

Ernst Peter Layer
Stadtrat